



Positionspapier der Städte zur Medienpolitik

Starke Regionalmedien für eine funktionierende Demokratie

Städte brauchen regionale, unabhängige und qualitativ hochwertige Medien, damit ihr demokratisches System funktioniert. Durch die von den Medien verbreiteten Nachrichten hat die Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu informieren, sich eine Meinung zu bilden und sich an der direkten Demokratie zu beteiligen. In den letzten Jahren hat sich der Medienmarkt stark gewandelt: Neue internationale Akteure sind in den Markt eingetreten; das Konsumverhalten hat sich verändert. Angesichts dieser Konkurrenz müssen sich die traditionellen und regionalen Medien neu erfinden, um nicht zu verschwinden. Das erfordert eine Positionierung der Städte.

1. Ausgangslage

Die Städte als demokratische Akteurinnen sind auf ein vielfältiges, unabhängiges und für alle zugängliches Medienangebot angewiesen. Ein solches Angebot ist unerlässlich, um die Bevölkerung zu informieren, öffentliche Debatten anzustossen und das Vertrauen in die politischen Prozesse zu stärken.

Allerdings ist das aktuelle, im Umbruch befindliche Umfeld für die traditionellen Medien und insbesondere für solche mit geringer Reichweite nicht günstig. Denn sie sind mit einem neuen Konsumverhalten konfrontiert, bei dem globale, digitale und für alle zugängliche Informationen bevorzugt werden. Die traditionellen Medien stehen in einem ungleichen Wettbewerb mit den globalen Plattformen (z. B. Google, Meta, TikTok), der zur Folge hat, dass die Anzahl ihrer Abonnements und ihre Werbeeinnahmen sinken. Der Einnahmerückgang führt oft zum Verschwinden lokaler Medien, darunter 70 Regionalzeitungen seit 2003. Hinzu kommt, dass die Konzerne Tamedia und CHMedia mehrere bislang unabhängige Zeitungen übernommen haben. In diesem Kontext werden immer weniger lokale Nachrichten verbreitet. Gleichzeitig

nutzen Online-Plattformen und die künstliche Intelligenz journalistische Inhalte, um die Bevölkerung zu informieren, ohne die Quellen zu nennen oder die Urheberinnen und Urheber der Inhalte zu vergüten. Dies trägt nicht nur zu einer Form des unlauteren Wettbewerbs mit den traditionellen Medien bei, sondern ermöglicht auch die Verbreitung nicht belegter oder nicht verifizierter Informationen und missachtet das Urheberrecht. Diese Problematiken haben erhebliche Auswirkungen auf die demokratische Teilhabe in der Schweiz und in den Städten.

Aus Sicht der Städte bedarf es daher einer Medienpolitik, die Freiheit, Vielfalt, Qualität und lokale Abdeckung gewährleistet, digitale Innovationen fördert und gleiche Bedingungen für alle öffentlichen und privaten Akteure schafft. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um die demokratische Teilhabe der Stadtbevölkerung sicherzustellen und die Städte in die Lage zu versetzen, auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene wirksam zu handeln.

Dieses Positionspapier dient dem Zweck, die Bedürfnisse und Forderungen der Städte im Bereich der Medienpolitik zu definieren. Dabei werden zunächst der Begriff des Service public und die Finanzierung dieser medialen Grundversorgung erläutert. Dann folgt ein Überblick über den Gesamtkontext und dessen Auswirkungen auf die Politik der Städte. Schliesslich wird die Position der Städte vertieft, wobei Massnahmen aufgezeigt werden, mit denen sich die künftigen Herausforderungen angehen lassen.

1.1. Begriff des Service public

Gemäss der Bundesverfassung müssen Radio und Fernsehen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung beitragen und dabei die Besonderheiten des Landes und



die Bedürfnisse der Regionen berücksichtigen¹. Das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) konkretisiert diese Rolle für die SRG als öffentliches Medienhaus, und die Konzession legt die Bedingungen für diesen Grundversorgungsauftrag fest². Dieser gesetzliche Rahmen verpflichtet die SRG, verlässliche und unabhängige Inhalte zu produzieren, die für alle Regionen der Schweiz bestimmt sind (Mehrsprachigkeit). Auch die traditionellen Medien beteiligen sich durch ihre Arbeit an diesem Auftrag. Dieses neutrale, transparente und unabhängige Informationsangebot ist von grundlegender Bedeutung, um die Bevölkerung zu informieren und die Meinungsbildung sowie die demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Besonders wichtig ist dies vor dem Hintergrund der neuen technologischen Entwicklungen und der Nutzung der sozialen Netzwerke, die nicht als Ersatz für die verlässlichen und unabhängigen Informationen dienen dürfen, die durch die mediale Grundversorgung garantiert werden. Um zu verhindern, dass eine solche Situation eintritt, ist es wichtig, dass die Service-public-Medien sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene stark bleiben.

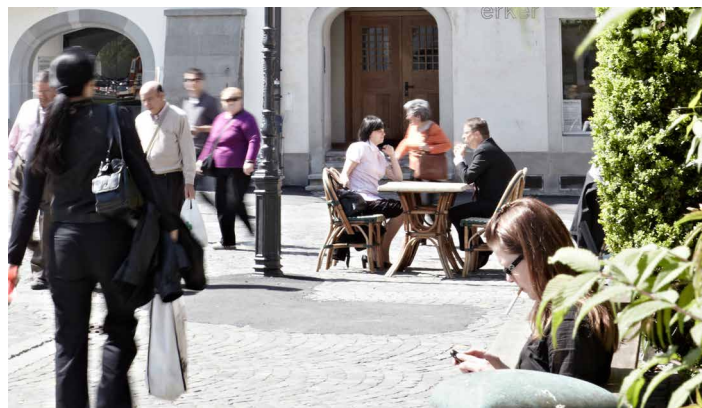
Der Service-public-Auftrag erfüllt neben seiner demokratischen Dimension auch eine soziale und kulturelle Funktion, da die SRG durch ihre Subventionen und ihre Programmgestaltung zur Förderung der Kultur und insbesondere des Filmschaffens beiträgt.

Die Städte setzen sich seit Langem für einen starken und unabhängigen Service public ein und betonen dessen Bedeutung für die Demokratie, die Regionen und die Städte.

1.2. System der Medienfinanzierung

Um ihre Service-public-Leistungen zu erbringen, erhalten die privaten Radio- und Fernsehgesellschaften und insbesondere die SRG einen finanziellen Beitrag. Dieser wird in Form einer Abgabe bei den Schweizer Haushalten und den Unternehmen erhoben. Der Abgabe kommt für die Finanzierung der traditionellen Medien eine grosse Bedeutung zu; für die SRG macht sie zum Beispiel 83% der Einnahmen³ aus. 2025 belief sich die Finanzierung auf 86 Millionen Franken für die konzessionierten privaten Radio- und Fernsehveranstalter⁴. Die restlichen Einnahmen der privaten Medien und der SRG stammen aus der Werbung. Dieses gemischte Finanzierungsmodell gewährleistet die nötige Distanz zu Politik und Wirtschaft. Für die Presse ihrerseits gibt es nur die indirekte Presseförderung: Vergünstigungen bei der Postzustellung von Zeitungen.

Seit mehreren Jahren wird die Abgabe durch Volksinitiativen angefochten, wie beispielsweise durch die «No Billag»-Initiative im Jahr 2018 und 2025 durch die Initiative «200 Franken sind genug!», die darauf abzielt, dass die Abgabe für Haushalte auf 200 Franken gesenkt und für juristische Personen abgeschafft wird. Die als Antwort auf diese jüngste Initiative erfolgte Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) wird zur Folge haben, dass die Abgabe für Haus-



halte bis 2029 von 335 auf 300 Franken sinkt und Unternehmen mit einem Umsatz von unter 1,2 Millionen Franken von der Abgabepflicht befreit werden. Im Vernehmlassungsverfahren zu dieser Verordnungsänderung sprachen sich die Städte gegen diese Senkung aus, die Mindereinnahmen von 240 Millionen Franken für die SRG⁵ bedeutet. **Die Städte haben sich bislang gegen Abgabesenkungen ausgesprochen, da sie einen starken Service public für das Funktionieren ihrer Demokratie für unerlässlich halten.**

Parallel dazu erhalten die privaten Medien auch staatliche Unterstützung in Form von Abgabeanteilen; auch dies haben die Städte bisher unterstützt. Die von der Regierungsrätin Isabelle Chassot eingereichte [parlamentarische Initiative 22.417 «Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien»](#), die vorschlägt, den Abgabenanteil für die privaten Radio- und Fernsehveranstalter zu erhöhen und in Massnahmen zur Unterstützung der Presse, der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten und der Selbstregulierung der Branche zu investieren, haben die Städte unterstützt⁶. Solche Massnahmen waren bereits im Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien enthalten, das bei einem Referendum abgelehnt wurde, und auch hier hatten sich die Städte für eine Unterstützung der Medien ausgesprochen⁷. 2025 sieht die Massnahme 33 des Entlastungspaketes 27 des Bundes vor, die indirekte Presseförderung zu kürzen, wogegen sich die Städte⁸ ebenfalls aussprachen. Parallel zu diesen Massnahmen des Bundes unterstützen einige Städte bereits indirekt die regionalen Medien. Zu nennen sind hier Massnahmen wie Subventionen für Medienförderfonds wie «Journafonds» oder konkretere Massnahmen wie die Bereitstellung von Inhalten für regionale Medien mit Informationen oder Stellenangeboten (Werbeeinnahmen). **Die Städte befürworten Unterstützungsmassnahmen für die privaten Medien und lehnen daher jegliche Einschnitte bei diesen Massnahmen ab, da die Städte auf das Überleben eines qualitativ hochwertigen regionalen und überregionalen Journalismus angewiesen sind und dies nur mit der Umsetzung solcher Unterstützungsmassnahmen möglich scheint.**

¹ Art. 93 Abs. 2 BV

² [Konzession für die SRG SSR \(Stand 19. Juni 2024\)](#)

³ [Aufteilung der Mittel der SRG](#)

⁴ [Aufteilung der Abgabe](#)

⁵ [Stellungnahme des SSV im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der RTVV vom 23.01.2024](#)

⁶ [Stellungnahme des SSV im Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative 22.417 vom 16.10.2024](#)

⁷ [Stellungnahme des SSV im Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bundesgesetz über elektronische Medien vom 15.10.2018](#)

⁸ [Stellungnahme des SSV im Vernehmlassungsverfahren zum Entlastungspaket 2027 vom 02.05.25](#)



2. Die Bedürfnisse der Städte

2.1. Bedarf an qualitativ hochwertigen lokalen Informationen

Die Städte als Staatsebene brauchen qualitative hochwertige Regionalmedien, um die Realitäten vor Ort und die Besonderheiten der Städte auf nationaler und regionaler Ebene darzustellen. Dank dieser Nachrichten kann sich die Bevölkerung informieren, sich eine fundierte Meinung bilden und am demokratischen System der Städte teilhaben.

In den letzten Jahren ist die finanzielle Situation der lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter sowie der Lokal- und Regionalzeitungen jedoch in einem solchen Masse schwierig geworden, dass das Überleben einiger dieser Medien gefährdet ist. Sie können sich nur schwer an das neue Konsumverhalten und den neuen Wettbewerb anpassen und verlieren daher Publikum an globalere und stärker digital ausgerichtete Formate. Vor diesem Hintergrund sinken die Einnahmen der traditionellen Medien aufgrund eines Rückgangs der Werbeeinnahmen und der Abonnements. Die direkte Folge davon ist das Verschwinden von Medien mit geringerer Reichweite und die Konzentration des Medienmarktes in den Händen einiger grosser Medienkonzerne. So hält Tamedia 2025 in der Deutschschweiz einen Marktanteil von 27,6 % und in der Westschweiz von 45 %⁹.

Eine wichtige Folge dieser Konzentration ist ein Perspektivenwechsel hin zu einer rein marktwirtschaftlichen Logik, bei der es darum geht, die Absatzzahlen zu maximieren und die Kosten zu senken. So wird versucht, ein breites Publikum zu erreichen, indem aufmerksamkeitsstarke Titel, kurze und einfache Inhalte sowie eine nationale oder auch globale Perspektive gewählt werden, was zulasten der regionalen Informationen geht. Zudem werden die Kosten gesenkt, indem dieselben Artikel in verschiedenen Tageszeitungen erscheinen. Diese veränderten Rahmenbedingungen bedeuten weniger politische und regionale Inhalte und öffentliche Informationen. Eine weitere wichtige Folge der Konzentration ist der Verlust an Vielfalt. Da die Zahl der Medienhäuser sinkt und die Zahl identischer Beiträge steigt, wird es immer schwieriger, den journalistischen Inhalt kritisch zu betrachten.



Diese Situation birgt daher die Gefahr einer Verschlechterung der Qualität des Journalismus und führt zu einem Rückgang vielfältiger regionaler und politischer Inhalte¹⁰.

Diese Situation ist schädlich für das Funktionieren der Demokratie, insbesondere der Demokratie in den Städten. Eine Bevölkerung, weder über die Entscheide noch die öffentlichen Dienstleistungen auf regionaler Ebene informiert ist und in der es diesbezüglich keine Meinungsvielfalt gibt, ist nicht in der Lage, sich eine differenzierte Meinung zu bilden und an der direkten Demokratie teilzuhaben. Für die Städte stellt dies eine erhebliche Bedrohung sowohl in Hinblick auf die Demokratie als auch ihre Kommunikation an die Bevölkerung dar.

Städte brauchen qualitativ hochwertige Regionalmedien, damit ihre Informationen und Entscheide verbreitet werden. Eine abnehmende Qualität der Informationen und Medien in den Städten wirkt sich auf das demokratische System auf allen Ebenen des Staates aus.

2.2. Bedarf an verlässlichen und unabhängigen Informationen

Die Schweizer Städte sind auf ein verlässliches und unabhängiges Medienangebot angewiesen, damit sie ihre Bevölkerung korrekt informieren können und ihre demokratischen Systeme funktionieren. Viele Menschen benutzen zunehmend soziale Netzwerke und künstlichen Intelligenz (KI), um sich zu informieren. Diese Kanäle üben denn auch einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung in der Schweiz aus, wie der Medienmonitor zeigt: 2023 war Instagram die drittwichtigste Quelle mit Einfluss auf die Meinungsbildung¹¹. Die jährliche fög-Analyse zur Medienqualität 2025 gelangt zu einer ähnlichen Feststellung, wonach 46 % der Bevölkerung keine journalistischen Inhalte mehr konsumieren und sich nur noch über die sozialen Netzwerke oder gar nicht mehr informieren. Online-Plattformen und KI verbreiten jedoch unprofessionelle und ungeprüfte Inhalte. Diese Veränderungen im Mediensektor erfordern konkrete politische Antworten, insbesondere durch die Regulierung der digitalen Plattformen, die Anpassung des Urheberrechts und die Bekämpfung von Desinformation.

Die Revision des Urheberrechts 2025, die eine Einführung des Rechts auf Vergütung, für die von Online-Plattformen zur Verfügung gestellten Auszüge journalistischer Inhalte vorsieht, stellt einen begrüssenswerten Fortschritt dar. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu diesem Projekt hatte sich der Schweizerische Städteverband bereits für eine angemessene Vergütung der Medienarbeit ausgesprochen¹². Die Verbreitung von KI macht ausserdem eine zusätzliche gesetzliche Regulierung erforderlich. KI-Systeme nutzen journalistische Inhalte, um Zusammenfassungen oder abgeleitete Texte zu erstellen, oft ohne Quellenangabe und unter Umgehung der traditionellen Vergütungsmechanismen. Bei ChatGPT etwa stammen 73 % der Quellen von journalistischen Medien¹³. Diese Praxis führt zu einem

⁹ [Jährliche fög-Analyse «Jahrbuch Qualität der Medien 2025»](#)

¹⁰ [Jährliche fög-Studien zur Qualität der Medien](#)

¹¹ [Plattform Medienmonitor Schweiz: Medienmarken](#)

¹² [Stellungnahme des SSV im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes \(URG\) vom 06.09.2023](#)

¹³ [Jährliche fög-Analyse «Jahrbuch Qualität der Medien 2025»](#)



unlauteren Wettbewerb mit den traditionellen Medien, schadet der Qualität der Informationen und missachtet das Urheberrecht. Daher bedarf es einer klaren Regulierung der Nutzung journalistischer Inhalte durch KI und Online-Plattformen, um die Nachvollziehbarkeit der Quellen zu gewährleisten und die Rechte der Urheberinnen und Urheber zu schützen.

Die Meinungsbildung, von der unsere Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene abhängt, ist auf vertiefte und verlässliche Informationen mit Quellenangaben angewiesen, weshalb die Nutzung von Medieninhalten durch KI und Online-Plattformen reguliert werden sollte.

Die Städte sprechen sich somit dafür aus, die Nutzung journalistischer Inhalte durch KI und Online-Plattformen zu regulieren und gleichzeitig eine gezielte Entwicklung zu unterstützen.



2.3. Bedarf an Medien als Akteure der Kulturförderung und -verbreitung sowie des Kulturschaffens

Städte sind nicht nur zentrale Orte des kulturellen und kreativen Austauschs, sondern auch wichtige Akteure der Kulturförderung. Sie setzen sich dafür ein, ein abwechslungsreiches kulturelles Angebot und einen berufsqualifizierenden Kultursektor zu unterstützen. Die Medien spielen hier eine vielfältige Rolle: Sie leisten nicht nur einen Beitrag zur Förderung und Verbreitung von Kultur, sondern sind auch eigenständige Akteure in diesem Sektor.

Auch die Medien sind wichtige Akteure der Kulturförderung, indem sie auf Kulturschaffende und deren Inhalte hinweisen. Mit ihren Radio- und Fernsehprogrammen oder auch den diversen Presseveranstaltungen stellen sie eine wichtige Plattform für die Verbreitung von Kultur dar. Insbesondere die SRG ist ein wichtiger Akteur der Kulturförderung. Sie verbreitet eine grosse Menge kultureller Inhalte, denen 14% der TV-Sendezeit und 5% der Sendezeit im Radio gewidmet sind und in die 17 Prozent ihrer Ausgaben fliessen¹⁴. Darüber hinaus fördert die SRG durch ihren Pacte de l'audiovisuel¹⁵ das Filmschaffen, was sie nach dem Bundesamt für Kultur zur grössten Akteurin in der Filmförderung und -produktion macht.

Ausserdem sind journalistische Inhalte ein fester Bestandteil der nationalen und städtischen Kultur. Die Medien prägen nicht nur die Wahrnehmung und Darstellung der Aktualität, sondern bieten auch eine wichtige Plattform für Debatten und Reflexionen. Diese Rolle muss in Zukunft unter Nutzung ihres Innovationspotenzials noch weiter ausgebaut werden. Die aktuelle Situation auf dem Medienmarkt stellt eine Chance für die Entwicklung neuer Plattformen und Formate dar, von denen die Städte gerne Gebrauch machen wollen.

Die Medien tragen also zu einer reichen Kultur bei. In einer globalisierten Welt, in der die Schweizer Kulturproduktion mit zahlreichen Inhalten konkurrieren muss, ist eine fruchtbare Beziehung zwischen Medien, Kultur und Kulturförderung unerlässlich, um in den Regionen und Städten ein vielfältiges Angebot zu gewährleisten.

Die Städte setzen sich für eine starke Interaktion zwischen Medien und Kultur ein, wobei Kulturförderung und Medienförderung zusammen betrachtet werden sollten.

3. Positionen und Forderungen der Städte

3.1. Für eine Unterstützung der Medien

Die Städte sind auf das Überleben und die Erneuerung des lokalen und überregionalen Journalismus angewiesen, was allerdings nur mit der Umsetzung von Unterstützungsmassnahmen möglich sein dürfte. Diese Unterstützung muss jedoch indirekt erfolgen, um die Unabhängigkeit der Medien zu wahren, und vom Bund übernommen werden, um eine nationale Antwort auf diese Problematik zu geben.

In dieser Hinsicht gehen die Vorschläge der parlamentarischen Initiative 22.417 «Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien» aus Sicht der Städte in die richtige Richtung. Es handelt sich um Investitionsmassnahmen zur Unterstützung der Presse, der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten und der Selbstregulierung der Branche. Auf diesem Weg wird es möglich, die Medien finanziell zu unterstützen, den journalistischen Beruf zu fördern und Desinformation mit Instrumenten der Branchen-Selbstregulierung zu bekämpfen. Die Städte sprechen sich für eine finanzielle Unterstützung der traditionellen Regionalmedien aus. Diese ist für deren Überleben und Anpassung an die neuen Marktbedürfnisse unerlässlich. Damit die verschiedenen Staatsebenen und insbesondere die Städte informieren können und so eine starke und partizipative Demokratie zu erhalten, ist es unerlässlich, dass Medien angemessen über die Realitäten in den Städten berichten. Dazu braucht es regionale Fernseh- und Radiosender sowie Regionalzeitungen, die über ausreichende Mittel verfügen, um vielfältige, unabhängige und qualitativ hochwertige Inhalte zu produzieren. Aus Sicht der Städte ist dies bei der derzeitigen Wirtschaftslage nur mit Fördermitteln realisierbar, die lokalen und regionalen Medien gewährt werden.

Die Städte sprechen sich für Unterstützungsmassnahmen für die Medien aus und lehnen die potenziellen Kürzungen der bestehenden Fördermittel ab.

¹⁴ [Website der SRG und Beschreibung ihrer Aktivitäten](#)

¹⁵ [Pacte de l'audiovisuel der SRG \(Vereinbarung zwischen der SRG SSR und der unabhängigen Produktion\)](#)



3.2. Für die Beibehaltung der Radio- und Fernsehgebühr und einen starken Service public

Die Städte lehnen eine weitere Senkung der Abgabe ab, da dies zu einem Qualitätsverlust bei Service-public-Leistungen führen könnte. Die Abgabe basiert auf einem Beitragssystem, das eine regelmässige Finanzierung der medialen Grundversorgung, d.h. der SRG und der konzessionierten Radio- und Fernsehveranstalter, sicherstellt. Die SRG benötigt ausreichend Mittel, um ihre aktuellen Angebote weiterentwickeln und erneuern zu können, damit diese den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht bleiben. Die Städte treten für einen starken Service public ein und folglich für die Beibehaltung der Abgabe.



Die Städte lehnen jede weitere Senkung der Radio- und Fernsehgebühr ab.

3.3. Für eine Regulierung der KI und ein Urheberrecht, das die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten schützt

Das Funktionieren der Demokratie der Städte erfordert, dass die Bevölkerung an verlässliche, geprüfte und qualitativ hochwertige Informationen gelangt. Die Zusammenfassungen journalistischer Inhalte durch KI oder Online-Plattformen ohne Nennung und Vergütung der Urheberinnen und Urheber beeinträchtigt die Qualität der im Umlauf befindlichen Informationen und damit die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, an der direkten Demokratie teilzunehmen. Für die Städte ist es wichtig, dass Journalistinnen und Journalisten für ihre Arbeit bezahlt werden, die Bevölkerung die Quellen der von ihnen abgerufenen Informationen kennen können und die Qualität sowie der Wahrheitsgehalt der im Umlauf befindlichen Inhalte gewährleistet sind. Daher befürworten die Städte eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes, damit die Nutzung journalistischer Inhalte durch Online-Plattformen und KI geregelt wird.

Die Städte sprechen sich für eine Revision des Urheberrechtsgesetzes aus, die eine Vergütung für die Auszüge aus journalistischen Inhalten ermöglicht, die von Online-Plattformen zur Verfügung gestellt werden.

Die Städte sprechen sich für eine Regulierung von KI aus, die einen Rahmen für deren Nutzung journalistischer Inhalte schafft.

4. Fazit

Die Städte setzen sich für ein qualitativ hochwertiges und zugängliches Medienangebot ein. Sie tragen die in diesem Papier formulierten Positionen vollumfänglich mit und werden diese in ihren künftigen Stellungnahmen sowie in der Ausgestaltung ihrer kommunalen Politik und Massnahmen berücksichtigen. Daher befürworten die Städte Fördermassnahmen zugunsten der Medien und die Beibehaltung einer ausreichenden Radio- und Fernsehgebühr. Beides sind wesentliche Voraussetzungen nicht nur für das Überleben der traditionellen Regionalmedien, sondern auch für die Weiterentwicklung unserer öffentlichen Dienstleistungen, um angemessen auf die sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen zu können.

Die Städte sprechen sich auch für ein Urheberrecht aus, das an den neuen technologischen Kontext angepasst ist, damit die KI und Online-Plattformen verlässliche und qualitativ hochwertige journalistische Inhalte mit Quellenangaben verbreiten.

Schliesslich setzen die Städte im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen um, die den Zugang zu Informationen für ihre gesamte Bevölkerung sicherstellt.